Unabhängige Tageszeitung
Amtsblatt
der Großen Kreisstadt
Vaihingen an der Enz

Amtsblatt des Landkreises
Ludwigsburg · Amtliches
Bekanntmachungsorgan
des Enzkreises

Postfach 1140
71654 Vaihingen an der Enz

VAIHINGER KREISZEITUNG

Der Enz-Bote

194. Jahrgang, Nr. 158 | Einzelpreis € 2,60 | Donnerstag, 11. Juli 2024 | E 2676

Im Lokalteil

Hochdorf

Unterkunft ist bereit

Der Landkreis Ludwigsburg hat in Hochdorf eine Unterkunft für Flüchtlinge gebaut. Ab August sollen hier die ersten Menschen einziehen. Platz gibt es für 104 Personen, doch da die Flüchtlingszahlen momentan rückläufig sind, rechnet der Landkreis nicht damit, dass die Unterkunft ausgelastet wird. Mehr auf Seite 9.

Vaihingen

Kleiner Jahrgang, beste Note

In diesem Jahr verlassen nur 26 Abiturientinnen und Abiturienten das Stromberg-Gymnasium in Vaihingen. Der kleine Jahrgang hat den bis dato besten Abschluss der Schule geschafft und das groß gefeiert. Seite 14.

Wir sind für Sie da

Aboservice

Mo.-Fr. Telefon (0 70 42) 9 19-35, 8-12.30, 13.30-16 Uhr
Sa. Telefon (0 70 42) 9 19-26, 8-10 Uhr
Mail: vertrieb@vkz.de

Anzeigenservice

Telefon (0 70 42) 9 19-40
Mail: anzeigen@vkz.de

Lokalredaktion

Telefon (0 70 42) 9 19-50
Mail: info@vkz.de

Sportredaktion

Telefon (0 70 42) 9 19-59
Mail: sport@vkz.de

Internet:
www.vkz.de
wochenblatt.vkz.de

www.facebook.com/VaihingerKreiszeitung

Börse

Dax	Euro-Stoxx 50	Euro
18 407,22 Pkt.	4960,96 Pkt.	1,0825 Dollar
+ 171,03 Pkt.	**+ 57,34 Pkt.**	**+ 0,11 Cent**

Wetter

Mittags 26° | Nachts 17°
Erst freundlich, dann Quellungen und Schauer

4 190267 602607 40828

Bürger im Land geben Grün-Schwarz miese Noten bei der Bildung

BaWü-Check Eine Umfrage der Südwest-Verlage zeigt: Jeder zweite Baden-Württemberger fällt ein kritisches Urteil über die Schulpolitik der Landesregierung. Siebzig Prozent bejahen die Rückkehr zu G9.

Von Bäbel Krauß

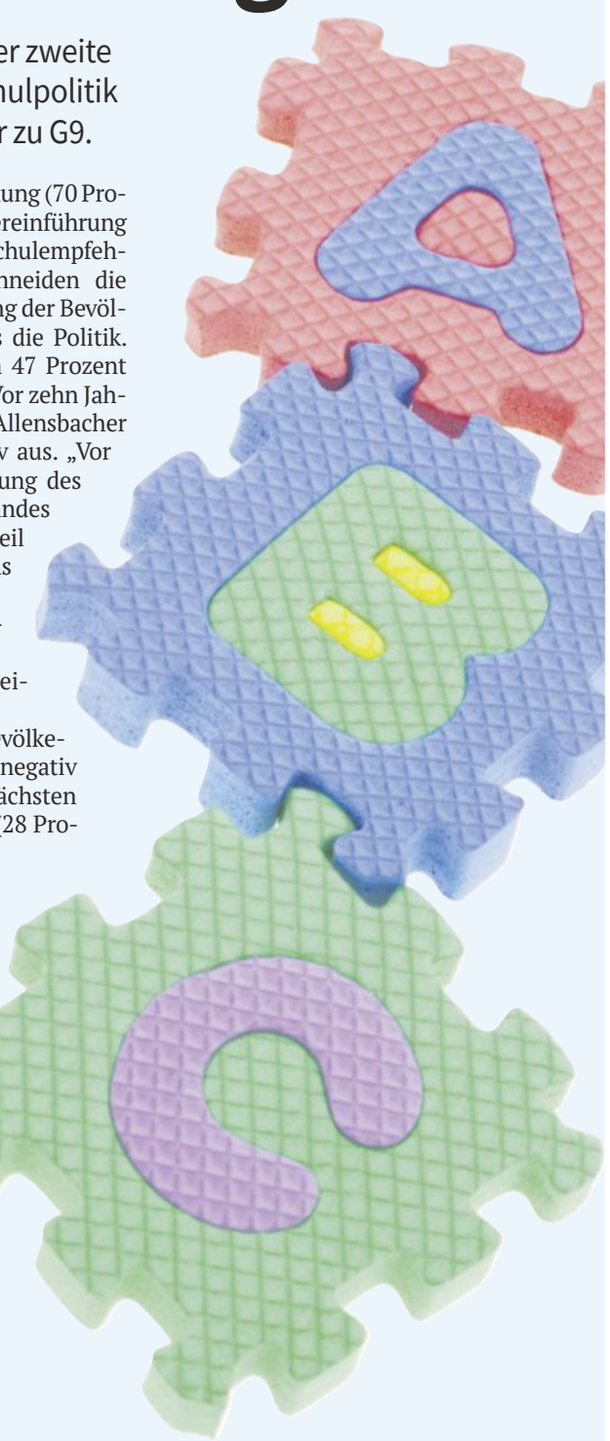
STUTTGART. Jeder zweite Bürger Baden-Württembergs stellt der grün-schwarzen Bildungspolitik ein kritisches Zeugnis aus. Das hat der jüngste BaWü-Check, den das Institut für Demoskopie in Allensbach im Auftrag der Südwest-Zeitungsverlage erhoben hat, ergeben. 28 Prozent insgesamt stellen der Landesregierung für ihre Bildungspolitik ein gutes oder sehr gutes Zeugnis aus. Bei den Eltern schulpflichtiger Kinder, die direkten Einblick in die aktuelle Wirklichkeit in den Klassenzimmern haben, ist der Anteil deutlich höher (37 Prozent). In beiden Testgruppen zieht 51 Prozent der Befragten eine weniger oder gar nicht gute Bilanz.

Damit bekommen Ministerpräsident Winfried Kretschmann, Kultusministerin Theresa Schopper (beide Grüne) und die CDU als aktueller Koalitionspartner auch die Quittung für wachsende Probleme an den Schulen. Lehrermangel, zunehmende Gewalt und mangelnde Deutschkenntnisse vieler Kinder und Jugendlicher machen den meisten Bürgern dabei die größten Sorgen.

Die vor kurzem von Grün-Schwarz beschlossene Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium trifft auf Zustimmung (70 Prozent), ähnlich wie die Wiedereinführung einer verbindlicheren Grundschulempfehlung (62 Prozent). Zwar schneiden die Schulen selbst in der Bewertung der Bevölkerung deutlich besser ab als die Politik. Aber aktuell finden nur noch 47 Prozent ihre Arbeit gut oder sehr gut. Vor zehn Jahren fiel das Urteil laut dem Allensbacher Institut bei 75 Prozent positiv aus. „Vor dem Hintergrund der Bedeutung des Themas für die Zukunft des Landes und auch im Vergleich zum Urteil über andere Politikfelder ist das Zeugnis, das die Bevölkerung der Landesregierung hier ausstellt, jedoch keinesfalls das schlechteste“, schreiben die Meinungsforscher.

Mehr als die Hälfte der Bevölkerung nimmt die aktuelle Lage negativ wahr. Ihre Stimmung für die nächsten zwölf Monate ist von Skepsis (28 Prozent) oder sogar von Befürchtungen (26) gekennzeichnet. 32 Prozent schauen mit Hoffnungen nach vorn.

Leitartikel



Aktuell finden nur noch 47 Prozent der Befragten die Arbeit der Schulen gut oder sehr gut.

Fotos: imago/Design Pics

Kosten für Pflegeheime steigen weiter

Pflegebedürftige in Heimen müssen immer tiefer in die eigene Tasche greifen, das zeigt eine Auswertung.

BERLIN. Die Eigenanteile für Menschen in Pflegeheimen sind erneut gestiegen. Wie eine Auswertung des Verbandes der Ersatzkassen (vdek) ergab, müssen Pflegebedürftige für das erste Aufenthaltsjahr derzeit durchschnittlich 2871 Euro pro Monat selbst bezahlen. Das sind 211 Euro mehr als ein Jahr zuvor. Sowohl der Verband als auch Patienten- und Verbraucherschützer forderten die Ampel-Regierung zum Gegensteuern auf.

Für das zweite Jahr in der Pflegeeinrichtung stieg die monatliche Zuzahlung der Auswertung zufolge um 233 auf aktuell 2620 Euro. Im dritten Aufenthaltsjahr müssen 2284 Euro selbst gezahlt werden – 169 Euro mehr als im Vorjahr, im vierten 1865 Euro und damit 91 Euro mehr. *AFP*

Kommentar

Kommentar

Produkt staatlicher Bequemlichkeit

Die Finanznöte der Pflegeversicherung sind kein zwangsläufiges Schicksal, sondern politisch herbeigeführt.

Von Norbert Wallet

Die Kostenspirale in der Pflegeversicherung dreht sich immer weiter. Menschen, die dauerhaft in Pflegeheimen untergebracht sind, sind verletzlich, oft krank und sehr alt, jedenfalls nicht mehr in der Lage, durch eigene Initiative die finanziellen Belastungen zu senken. Umso ärgerlicher ist der Befund, dass hier die Finanznöte einer solidarischen Sozialversicherung kein zwangsläufiges Schicksal, sondern politisch herbeigeführt sind. Im Umkehrschluss heißt das allerdings auch, dass Abhilfe geschaffen werden könnte, wenn nur der politische Wille dazu bestünde.

Wie in anderen Sozialversicherung auch, verschiebt der Staat Kosten, die von der Allgemeinheit, also aus dem Steuertopf gezahlt werden müssten, auf die Pflegeversicherung, weil das im Zweifel bequemer ist als der Streit mit dem Bundesfinanzminister Christian Lindner. Dazu zählt die Übernahme der Rentenbeiträge pflegender Angehöriger durch die Pflegeversicherung. Ohne die Belastung hätte die Pflegeversicherung im vergangenen Jahr 3,6 Milliarden Euro mehr gehabt.

Es kommt ein Strukturproblem hinzu. Eine wirkliche Solidarversicherung lebt davon, dass starke Schultern ihren fairen Beitrag leisten. Wenn aber „gute Risiken“ mit hohem Einkommen in die private Pflegeversicherung ausweichen können, gerät das System aus der Balance. Hier muss ein Ausgleich geschaffen werden.

Ukraines Weg in Nato nun „unumkehrbar“

Nato-Staaten liefern nun die lange versprochenen Kampfflugzeuge an das kriegsgebeutelte Land.

WASHINGTON. Nato-Staaten machen jetzt Tempo bei der Ausrüstung der Ukraine mit westlichen Kampfflugzeugen: Der Transfer von F-16-Kampfjets sei bereits im Gange, kündigten die USA, die Niederlande und Dänemark in einer gemeinsamen Erklärung am Rande des Nato-Gipfels in Washington an. Damit könnten die Maschinen noch diesem Sommer zur Abwehr des russischen Angriffskrieges zum Einsatz kommen.

Das Bündnis sichert der von Russland angegriffenen Ukraine zudem zu, dass sie auf ihrem Weg in das Verteidigungsbündnis nicht mehr aufgehalten werden kann. In dem Text wird noch einmal betont, dass eine formelle Einladung zum Beitritt erst ausgesprochen werden kann, wenn alle Alliierten zustimmen und alle Aufnahmebedingungen erfüllt sind. *dpa*

AfD bildet eigene Fraktion im EU-Parlament

Einen Monat nach den Wahlen sortiert sich das Rechtsaußen-Lager in Brüssel neu. Das Bündnis soll „Europa Souveräner Nationen“ heißen.

BERLIN/BRÜSSEL. Die AfD-Delegation gründet im neuen Europaparlament eine Fraktion mit anderen Rechtsparteien. Ein Sprecher von Co-Parteichefin Alice Weidel bestätigte einen entsprechenden Bericht der „Welt“. 25 Abgeordnete aus acht Ländern sollen zunächst der neuen Fraktion angehören – darunter 14 AfD-Politiker. Die anderen elf kommen aus Polen, Tschechien, der Slowakei, Ungarn, Bulgarien, Litauen und Frankreich. Damit wären die Voraussetzungen für die Bildung einer Fraktion, nämlich mindestens 23 Abgeordnete aus sieben Mitgliedstaaten, erfüllt.

Die AfD tut sich unter dem gemeinsamen Namen „Europa Souveräner Nationen“ zusammen mit kleinen Parteien, die extrem nationalistische, Euro- und Nato-skeptische, EU-feindliche, teils prorussische und im Fall der polnischen Konfederacja sogar antisemitische Positionen vertreten.

Große Rechtsparteien verschiedener Länder hatten bereits vorgelegt und sich kürzlich zu einem neuen Bündnis namens „Patrioten für Europa“ im neu gewählten EU-Parlament zusammengeschlossen. Mit dabei sind unter anderem die Fidesz von Ungarns Ministerpräsident Viktor Orban, das rechtsnationale Rassemblement National aus Frankreich, die an Italiens Regierung beteiligte nationalistische Lega, die FPÖ aus Österreich und die ANO aus Tschechien.

Der vom Bundestag ins EU-Parlament wechselnde AfD-Abgeordnete Petr Bystron, gegen den vor der Europawahl nach Berichten über mögliche Russlandverbindungen Ermittlungen wegen des Verdachts der Bestechlichkeit und Geldwäsche aufgenommen wurden, sprach von einem „Erfolg für die AfD“. Die Europawahl habe das Gleichgewicht im Europaparlament verschoben. Dies sei das Ende der linken Mehrheiten. *AFP/dpa*

Die EM in Kürze

Einst von Messi gebadet, verzückt Lamine Yamal nun die Fußballwelt
Ein altes Foto zeigt: Schon ganz früh kam Spaniens EM-Star Lamine Yamal mit Lionel Messi in Kontakt.

Nach 131 Länderspielen beendet Thomas Müller offenbar seine DFB-Karriere
14 Jahre spielte Thomas Müller für Deutschland. Nun beendet der Publikumsliebling des FC Bayern nach Informationen der Bild-Zeitung seine Karriere in der Nationalelf.

Mbappé „demaskiert“: Enttäuschendes Frankreich sagt Adieu
Frankreich ist weit hinter allen Erwartungen zurückgeblieben. Kylian Mbappé verlässt das Turnier als gescheiterte Symbolfigur.